

# CORONA

Antworten auf eine kulturelle Herausforderung

Forschungsinstitut für Philosophie Hannover  
im Auftrag des Bistums Hildesheim

fiph.

Ich habe keine Angst zu erkranken. Wovor dann? Vor all dem, was die Ansteckung verändern kann. Davor, zu entdecken, dass das Gerüst der Zivilisation, wie ich sie kenne, ein Kartenhaus ist. Ich habe Angst vor der Vernichtung, aber auch vor ihrem Gegenteil: dass die Angst vorübergeht, ohne eine Veränderung zu hinterlassen.

— Paolo Giordano: *In Zeiten der Ansteckung*<sup>1</sup>

---

## Inhalt

Einleitung	4
Leben mit Unsicherheiten	4
Leben mit Ungewissheiten	6
Masken	8
Leben mit Verwundbarkeiten	9
Leben mit Schuld	11
Leben mit Haltung	14
Anmerkungen	16

## Einleitung

Die Corona-Pandemie betrifft alles. Die gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Ordnungsmuster wurden von einem Tag auf den anderen erschüttert, existentielle Gewissheiten destabilisiert. Die ökonomischen als auch die individual- und sozialpsychologischen Folgen sind noch nicht abzusehen, werden aber wahrscheinlich die kommenden Jahrzehnte prägen. Ebenso könnte das Vertrauen in rechtlich verbürgte Stabilität, die für das gesellschaftliche Zusammenleben unabdingbar ist, durch die Erfahrung, dass unveräußerliche Rechte in kurzer Zeit temporär beschnitten wurden, auf unabsehbare Zeit geschwächt sein. Angesichts der durch die Krise verursachten Orientierungsprobleme hängt die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft davon ab, ob es gelingt, eine Haltung und Ethik des (Zusammen)Lebens zu entwickeln, die in der Empfindlichkeit für die spezifischen Verwundbarkeiten anderer gründet.

## Leben mit Unsicherheiten

Es handelt sich bei der Krankheit Covid-19 um eine Multisystem-Viruserkrankung, die in den oberen Atemwegen beginnt, innere Organe befallen und bis zum Versagen des gesamten Körpers führen kann. Angaben zu Langzeitschäden können zurzeit noch nicht gemacht werden. Die Unsicherheiten, die durch die pandemische Situation entstehen, sind vielfältig. Zu nennen ist zunächst die Unsicherheit, die aus dem Nichtwissen über das Virus resultiert. Dieses Nichtwissen ist kein fahrlässiges. Virolog\*innen sind zurzeit noch nicht in der Lage, das Virus in seiner Wirkweise vollumfänglich aufzuschlüsseln. Aber es gibt die berechtigte Hoffnung, dass es gelingen wird, das Noch-Nicht-Wissen in Wissen zu überführen. Dieses Wissen

wird nützlich sein, um Impfstoffe und Medikamente zu finden, die das Virus einhegen. Dadurch werden wieder Freiräume für ein unbefangeneres Miteinander geöffnet. Aber dieses Wissen wird nicht alle Unsicherheiten beseitigen. Wir werden mit der Möglichkeit leben müssen, dass Ähnliches und Schlimmeres sich jederzeit ereignen kann, denn Pandemien gehören zu den Nebenfolgen menschlichen Handelns, die nicht beabsichtigt waren. Das ist alles andere als eine leichte Aufgabe – erst recht für die Politik.

Politik ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Angesichts des pandemischen Ausbruchs und den damit verbundenen Unsicherheiten steht sie in besonderem Maße vor der Herausforderung, Gesetze, verschiedene Interessen und Werte, wie Lebensschutz und Autonomie, abzuwägen, ohne dabei das Ganze und die Teile, die Gesellschaft und die Individuen gegeneinander auszuspielen. Dabei ist sie in ihrem Handeln auf die Erkenntnisse der Wissenschaft angewiesen, um verschiedene Entscheidungsmöglichkeiten informiert gegenüberzustellen. Hier lauern allerdings zwei Versuchungen: Entscheidungsträger\*innen berufen sich auf eine vermeintlich eindeutige Faktenlage und instrumentalisieren »die Wissenschaft« zur Legitimierung politischer Maßnahmen. Der Verweis auf eine solche Faktenlage macht eine Diskussion überflüssig, entpolitisiert damit öffentliche Willensbildungsprozesse und unterläuft das demokratische Grundprinzip der Pluralität. Wissenschaft würde dadurch zur Ideologie. Nicht weniger beunruhigend ist aber auch die Versuchung von Seiten der Wissenschaft, Politik zu betreiben. Politiker\*innen schrumpfen in dieser technokratischen Vision auf bloße Vollzugsorgane eines bürokratischen Apparats zusammen, dessen Funktion es ist, naturwissenschaftlich-technologische Erkenntnisse möglichst reibungslos in gesellschaftliche Verwaltung zu überführen.

Um diesen Versuchungen zu begegnen, ist es wichtig, sich von der Vorstellung einer Wissenschaft im Singular zu lösen und vielmehr von Wissenschaften im Plural zu sprechen. Nicht nur, um auf die Vielzahl der Disziplinen zu verweisen, sondern auch, um an die internen Debatten und Spannungen innerhalb einer Disziplin zu erinnern. Die Stärke der Wissenschaften liegt nicht zuletzt darin, sich selbst immer wieder neu durch neue Daten, abweichende Interpretationen oder eingestandene Fehler zu hinterfragen. Wissenschaften institutionalisieren den Zweifel. Die Änderung des eigenen Standpunkts ist deshalb einer wissenschaftlichen Haltung selbst immanent. Wissenschaften zeichnen sich gerade durch die prinzipielle Widerlegbarkeit ihrer Ergebnisse aus.

Wissenschaftliche Praxis ist selbst – bewusst oder unbewusst – in gesellschaftliche Werte, Ideale und Zustände eingebettet. Sie findet daher niemals losgelöst von einer gesellschaftlichen Realität statt, vielmehr richten unterschiedliche ökonomische, politische und gesellschaftliche Interessen Ansprüche an die Problemlösungskompetenz der Wissenschaften. Und diese Ansprüche sind häufig mit finanziellen Anreizen verbunden. Das bedeutet auch, dass die Politik nicht erst auf den Plan tritt, wenn die Fakten »fertig« sind. Wie etwas faktisch werden kann und damit als Teil unserer Welt unser Handeln orientieren soll, ist selber Gegenstand von Diskussionen, sowohl politischer als auch wissenschaftlicher. Was es hier braucht, ist nicht die Abspaltung wissenschaftlicher Praxis von jeder gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, sondern ein Mehr an Transparenz, das diese Bezüglichkeit thematisierbar werden lässt. Es gilt daher die Wissenschaften an ihre gesellschaftspolitische Aufgabe zu erinnern, durch ihre wissenschaftliche Expertise einen legitimen Beitrag zur politischen Diskussion zu leisten, der Debatten nicht beendet, sondern eröffnet.

Damit sie hierbei ihren Anspruch auf Unabhängigkeit nicht einbüßen, sind Wissenschaften auf eine institutionalisierte Selbstkritik und Ideologiekritik angewiesen.

Gerade in der Corona-Krise zeigt sich, wie sehr Politik wissenschaftlicher Expertise bedarf. In der aktuellen Notfallsituation stehen politische Entscheidungsträger\*innen allerdings unter einem massiven Zeitdruck. Sie können hier nicht auf einen hohen Grad an wissenschaftlicher Sicherheit warten, sondern müssen schnell Entscheidungen angesichts eines hohen Grades an Unsicherheit treffen.

In einem solchen Moment ist eine gute Wissenschaftskommunikation gefragt. Diese ist nicht nur Teil einer wissenschaftlichen Politikberatung, sondern informiert auch die Öffentlichkeit über die notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse in nachvollziehbarer und umfassender Weise. Das ist für politische Willensbildungsprozesse unabdingbar. Dazu bedarf es ebenso Bildungsprozesse, durch die Bürger\*innen die Möglichkeit erhalten, eine Wissenschaftsmündigkeit auszubilden, die es ihnen erlaubt, gute von schlechter wissenschaftlicher Praxis zu unterscheiden, Pseudowissenschaften als solche zu erkennen.

Darüber hinaus hilft eine gute Wissenschaftskommunikation, das Ethos der Wissenschaften selbst sichtbar werden zu lassen. Teil dieses Ethos ist es, die Grenzen der eigenen Kompetenz zu benennen, das heißt auch, anzuerkennen, dass es selten eine eindeutige Übersetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in politische Entscheidungen gibt. Zudem müssen die Vorläufigkeit und damit die Unsicherheit von Ergebnissen offen kommuniziert werden. Das bedeutet auch, widersprechende Einschätzungen anderer Wissenschaftler\*innen nicht zu verschweigen. Nur so können Politiker\*innen und

Bürger\*innen ihr Vertrauen, das sie in Expert\*innen setzen, daraufhin befragen, welchen Status die jeweiligen Expert\*innen in der *scientific community* besitzen.

Der demokratische Anspruch einer Gesellschaft muss sich auch in ihren wissenschaftlichen Institutionen finden. Es gilt deshalb, die gesellschaftlichen Ungleichheiten aufzudecken, die sich ebenso in der Institution Wissenschaft widerspiegeln. Nur so geraten systemische Asymmetrien, Vereinseitigungen und Exklusionen in der Wissensproduktion und -aneignung in den Blick.

In der Corona-Krise müssen Wissenschaftler\*innen stets ihr Verhältnis zur Politik kritisch hinterfragen, um zu verhindern, dass eine opportunistische Politik wissenschaftliche Fakten mal als Legitimierung, mal als Entlastung von politischer Verantwortlichkeit missbraucht und wissenschaftliche Institutionen letztlich zum »Blitzableiter« degradiert. Hierfür braucht es nicht nur eine Wissenschaftspolitik, die wissenschaftlichen Institutionen finanzielle Sicherheit und damit eine relative Autonomie gegenüber der Politik und der Wirtschaft ermöglicht. Es braucht ebenso eine Bildungs- und Kulturpolitik, die transparente und verständliche Wissenschaftskommunikation erst möglich macht und Bürger\*innen unterstützt, kritisch die Legitimität wissenschaftlicher Politikberatung zu prüfen. Zugleich erfordert dies eine Politik, die Entscheidungen aufgrund wissenschaftlicher Einschätzung den Bürger\*innen auf Augenhöhe vermittelt und nicht simplifiziert. Dadurch entsteht eine Haltung, die Individuen in Krisenzeiten hilft, Vertrauen in geteilte und gemeinsame Institutionen zu entwickeln, Urteilskraft angesichts divergierender Positionen auszubilden und untilgbare Unsicherheiten zu ertragen.

## Leben mit Ungewissheiten

Angesichts der Ungewissheiten erleben Menschen Gefühle der Verletzlichkeit, Ohnmacht und Orientierungslosigkeit, die im schlimmsten Falle einen Kontrollverlust über das eigene Leben zur Folge haben. Die damit einhergehenden Ängste werden von Verschwörungsideologen (hauptsächlich Männer) unter dem Vorwand der Verteidigung der Demokratie gezielt ausgenutzt, um die liberal-demokratische Grundordnung zu destabilisieren. So bieten sie vermeintliche Gewissheiten, indem sie eindeutig identifizierbare Schuldige benennen, die auf konspirative Weise nach der Macht über die Gesellschaft oder die Menschheit streben. Dabei wird behauptet, die Corona-Pandemie sei nur erfunden bzw. im Labor verursacht, um Bürger\*innen zu manipulieren und ihre Rechte zu beschneiden. Deutschland befände sich – ohne es zu merken – auf dem Weg hin zu einer Diktatur.

Unter dem Deckmantel einer legitimen Skepsis streuen Verschwörungsideologen Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen, falsche Informationen, Verdächtigungen und Gerüchte, die gezielt Misstrauen erzeugen sollen. Dabei geben sie vor, die eigentliche Wahrheit zu enthüllen. Sie tun dies professionell, geben sich jedoch häufig den Anschein des Unprofessionellen, um sich von sogenannten »Mainstream«-Medien abzugrenzen und den Eindruck von Authentizität und »Bürgernähe« zu erwecken. In Videos wird in manipulativ-propagandistischer Weise eine Überfülle an vermeintlichen Beweisen geboten. Die Zuschauer\*innen fühlen sich dadurch aber nicht erschlagen, weil diese »Informations«-Flut derart audio-visuell (Statistiken, Grafiken, spezielle Settings etc.) in Szene gesetzt wird, dass sie sich plötzlich als etwas Besonderes fühlen.

Sie empfinden sich als Teil einer zukünftigen Gemeinschaft von »Wissenden«, deren Dreh- und Angelpunkt der Verschwörungsideologe als sich sorgende Heilsgestalt ist.

Bereits vorhandene Befürchtungen und Vorbehalte, z.B. gegen das Impfen oder »die Finanzwelt«, werden aufgegriffen und in eine größere Erzählung eingebettet, die darauf angelegt ist, ein klares Feindbild (sei es »die da oben«, Geheimdienste, »Fremde«, Juden) aufzubauen. Wie im Rechtspopulismus so wird auch hier eine auf Exklusion angelegte Gruppenidentität hergestellt, in der »das anständige Volk« »der korrupten Elite« antagonistisch gegenübergestellt wird mit dem Ziel der Spaltung der Gesellschaft. Zugleich legitimiert die Selbst-Viktimisierung (die Reklamierung der Opferrolle für sich) die eigenen Aggressionen gegen die vermeintlichen Feinde. Unter dem Deckmantel der Demokratie vertreten Verschwörungsideologen einen Antipluralismus. Sie behaupten, für die »wahrhaftige Demokratie« zu kämpfen. Hierbei verbinden sie das Prinzip der Volkssouveränität mit der Kritik an den unabhängigen Institutionen, die gerade für den Schutz der Grundrechte stehen. Verschwörungserzählungen sind deshalb keine harmlosen »alternativen Meinungen«, sondern ein Angriff auf das demokratische Miteinander.

Um den Verlockungen der Verschwörungserzählungen gerade angesichts der durch die Pandemie ausgelösten Ungewissheiten zu widerstehen, benötigen Menschen vor allem Urteilkraft und Ambiguitätstoleranz. Urteilkraft besitzt, wer fähig ist, sich ein eigenes Urteil in der Auseinandersetzung mit den Sichtweisen, Perspektiven und auch Gefühlen anderer Menschen zu bilden. Ein so gewonnenes eigenes Urteil gibt Halt, weil es als eigenes Urteil nie nur für sich steht, sondern mit den Urteilen anderer verbunden ist und in

der Auseinandersetzung mit anderen gerechtfertigt werden muss. Des Weiteren benötigen Menschen Ambiguitätstoleranz: die Fähigkeit, Uneindeutigkeiten und Widersprüchen standzuhalten. Diese ist unabdingbar für das Leben mit Ungewissheiten in einer pluralen und komplexen Gesellschaft. Urteilkraft und Ambiguitätstoleranz stärken das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl. Aufgabe der Politik ist es, Bildungsprozesse zu initiieren und zu fördern, in denen Menschen Ressourcen bereitgestellt werden, um Urteilkraft und Ambiguitätstoleranz auszubilden und zu kultivieren. Kommt sie dieser Aufgabe nicht nach, lässt sie eine Lücke entstehen, die von Verschwörungsideologen gefüllt wird.

## MASKEN

Ich trage Maske. Diese Maske verbirgt nichts. Hinter ihr kann ich mich nicht verstecken. Die Maske exponiert. Die Worte klingen etwas unverständlicher, wenn ich spreche. Die Maske sagt allen, die sie sehen: Ich habe Angst. Vor dem, was mein Atem vermag. Es bilden sich winzig kleine Partikel. Sie können tödlich sein. Sie verfangen sich im Stoff. »Überprüfen Sie vor dem Verlassen des Hauses, ob Sie gut durch die Maske atmen können und sie nicht zu eng sitzt«.

Die Maske ist ein Fremdkörper. Wie viele tragen Maske? Bin ich der einzige? Die Masken nützen nichts, sagen manche. Ich versuche unter der Maske zu lächeln. Ich versuche mit den Augen zu lächeln und meinem Gegenüber zu sagen: »Ich weiß nicht, wer du bist, aber ich werde dich nicht anstecken.« Auf einem Plakat steht: »Nicht hinter jeder Maske steckt ein Lächeln«.

Es gibt zu wenige Masken. Masken werden bestellt, geschmuggelt oder verschwinden. Nicht jeder braucht die gleiche Maske. Die ersten eigenen Masken sind provisorisch. Die Gummibänder schneiden in meine Ohren. Ich fasse mir wegen der Masken ins Gesicht. Es werden Schnittmuster geteilt. Menschen sitzen abends an ihren Nähmaschinen, um am nächsten Morgen Masken zu verschenken. Menschen fragen sich: »Kann ich Dir eine Maske geben?« Alte T-Shirts werden aus Kisten geholt. Stoffreste verarbeitet. Masken werden zum Zeichen der Solidarität. Masken werden ausgekocht, bei 90 Grad Celsius.

Die Maske ist umkämpft. Menschen tragen Verantwortung wie sie ihre Maske tragen. Menschen tragen die Maske wie einen Schutzschild. Menschen tragen die Maske falsch. Nur über dem Mund. Aber dann schützt sie nicht. Menschen erheben sich über Menschen, die Masken falsch tragen. Andere über jene, die überhaupt Masken tragen. Auf Masken steht: »Merkel Maulkorb«. Auf anderen »Wenn Sie das hier lesen können, sind sie zu nah dran«.

Masken werden Schaufensterpuppen aufgezogen. Masken hängen jetzt neben Schlüsselbrettern, für jeden Wochentag eine. Masken lassen meinen Atem an Brillengläsern kondensieren.

Die Maske ist mein Vertrauen in die Mitmenschen. Sie teilt die gemeinsame Luft, die Menschen atmen, in kleine sichere Stücke. Sie verbindet, indem sie trennt. Zwischen zwei Masken spannt sich eine Lücke. Sie ist Nähe. Menschen halten keine Distanz. Menschen wahren den Abstand.

M.D.



## Leben mit Verwundbarkeiten

Die Corona-Krise stellt nicht allein eine gesundheitliche Krise dar. Auch strukturell verursachte Verwundbarkeiten werden durch die Krise verschärft. Verwundbarkeit bezeichnet mehr als eine Verletzbarkeit, die konstitutiv für Leben ist. Im gesellschaftlichen und politischen Leben hängt der Grad der Verwundbarkeit nicht zuletzt davon ab, inwiefern Individuen in ihrem Handeln eingeschränkt sind.<sup>2</sup> Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass das Virus zwar potenziell jeden Menschen treffen kann, aber eben nicht jeden Menschen trifft und dass es auch nicht jeden Menschen in gleicher Weise trifft. Es gibt unterschiedliche Verwundbarkeiten, denen Menschen aufgrund unterschiedlicher Gefährdungen in der Corona-Pandemie ausgesetzt sind. Deshalb ist es wichtig, zunächst die spezifischen Benachteiligungen von bestimmten Menschen in der Corona-Krise offenzulegen. Dabei wären auch die spezifischen Eigenperspektiven besonders vulnerabler Personen auf ihre eigene Verwundbarkeit zu berücksichtigen.<sup>3</sup> Es bedarf einer Kultivierung der Empfindlichkeit für die Verwundbarkeiten anderer.

Infolgedessen müssen auch die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen daraufhin befragt werden, inwiefern sie Vulnerabilität verursachen oder verstärken. Die jeweilige gesellschaftliche Situiertheit hat großen Einfluss darauf, wie gut jemand sich an die Empfehlungen halten und vor dem Virus schützen kann und wer umgekehrt aufgrund sozialer oder ökonomischer Gründe gezwungen ist, weiterhin öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, in Supermärkten, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Erntebetrieben etc. zu arbeiten oder in Massenunterkünften (Geflüchtete) zu leben und dem Virus damit stärker ausgesetzt ist. Zudem können die in Folge der Krise verhängten Maßnahmen bei besonders vulnerablen Personen, die

nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um sich angemessen zu schützen, zu einer langfristig ökonomischen, sozialen und psychischen Destabilisierung führen. Dies betrifft vor allem Personen, die bereits vor Corona in prekären Situationen lebten, in denen sie von Armut, Flucht, Obdachlosigkeit, chronischer Krankheit oder häuslicher Gewalt betroffen waren. Schließlich werden sich aber auch Personengruppen wie Kinder und Jugendliche, die momentan nicht oder nur marginal im Raster der klassischen Risikogruppen auftauchen, mit schwerwiegenden Folgen des *Shutdowns* konfrontiert sehen. Dass die Stimmen dieser sozial und ökonomisch benachteiligten Personen im öffentlichen Diskurs wenig Gehör finden, macht es umso wichtiger, dass Politiker\*innen, Religionsgemeinschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen sowie Bürger\*innen sich für die Rechte und Schutzansprüche dieser Personengruppen besonders einsetzen und Ressourcen zu deren Unterstützung bereitstellen. Dabei ist auch im Blick zu behalten, dass die Vulnerabilität vieler Menschen vermutlich noch gar nicht erkannt ist und die Präventions- und Schutzmaßnahmen dahingehend auf blinde Flecken überprüft werden müssen.

Aber nicht nur Menschen sind verwundbar, auch gesellschaftliche Infrastrukturen sind vulnerabel. Zu Recht herrschte angesichts der Bedrohung durch das Virus zunächst die Angst vor, das Gesundheitssystem könnte zusammenbrechen. Gerade diese Vulnerabilität schärft den Blick für die anstehenden institutionellen Maßnahmen. Sorgearbeiten müssen gerechter gestaltet und institutionell abgesichert werden. Das betrifft nicht nur die Arbeit in Krankenhäusern und Kindertagesstätten, sondern auch in Familien. Aufgrund der Dringlichkeit solcher Maßnahmen ist einem »Konservatismus der Krise« (M. Rau) zu trotzen, der dazu tendiert, möglichst schnell zu einer Normalität

zurückzukehren. Dabei wird nicht selten übersehen, wer bei einer solchen Wiederaufnahme des Alltags zurückgelassen wird. Stattdessen sollte die Situation genutzt werden, um strukturelle Schiefen offenzulegen. Daraus kann sich ein Raum für gesellschaftliche Umgestaltungen, konstruktive Neuanfänge und alternative Lebensweisen entwickeln, die es ermöglicht, ein sozial, ideell und materiell gestärktes demokratisches Miteinander langfristig zu fördern.

Es bedarf einer Solidarität mit jenen Menschen, die aufgrund spezifischer Verwundbarkeiten und Verwundungen stärker gefährdet sind als andere. Allerdings führt die Wahrnehmung von Verwundbarkeit nicht zwangsläufig zu Solidarität. Sie birgt auch Risiken in sich. So besteht etwa die Gefahr, dass gerade die Wahrnehmung der spezifischen Verwundbarkeit anderer eine Erinnerung an die eigene Verletzlichkeit generiert, die kein Solidaritätsempfinden auslöst, sondern Furcht. Potenzielle Verwundbarkeit geht immer auch mit der Gefahr des Missbrauchs einher. Des Weiteren ist zu bedenken, dass die Kennzeichnung »vulnerabel« eine Markierung nach sich ziehen kann, die zu einer Stigmatisierung der vulnerablen Person führt und deren Ausgesetztheit zur Folge hat.<sup>4</sup> Weit verbreitet ist ein Paternalismus, der gegenwärtig mit der Rede von »vulnerablen Gruppen« bzw. »Risikogruppen« einhergeht. Dieser zeigt sich häufig in der Art und Weise, wie über den Schutz alter Menschen gesprochen wird. Vulnerable Gruppen müssen vom Staat und von der Gesellschaft zwar besonders geschützt werden, aber nicht gegen ihren Willen. Hier fehlt es oft an Anerkennung der Autonomie, selbst entscheiden zu dürfen, welches Risiko jemand einzugehen bereit ist.

Aber auch Nicht-Risiko-Gruppen sind vulnerabel. So kann etwa noch nicht prognostiziert werden, wie hoch die Gefahr von Langzeitschäden für Infizier-

te der Nicht-Risiko-Gruppen ist.<sup>5</sup> Zudem beschädigt der *Shutdown* die Zukunftschancen der jungen Generation. Die Pflicht zur Solidarität mit den besonders vulnerablen Personen ist jedoch solange ethisch höher zu gewichten, als die Gesellschaft nicht in ihrem Grundbestand gefährdet ist. Würde sich diese Situation ändern, stünden wir vor einem moralischen Dilemma. In der Begründung der politischen Entscheidung für Kontaktsperrungen und *Shutdown* wurde nicht der umfassende Lebensschutz gegen die Menschenwürde in Stellung gebracht. Es ging zunächst darum, das Kollabieren des Gesundheitssystems zu verhindern, das für alle Patient\*innen aller Altersgruppen verheerende Folgen gehabt hätte. Auch in späteren politischen Begründungen stand nicht die Abwägung von Leben gegen Leben zur Debatte, sondern das Abwägen von Lebensschutz und Freiheit. Das Recht auf Leben wiegt schwerer als andere Grundrechte, weil es mit der Menschenwürde verbunden ist. Damit nicht der Eindruck entsteht, unausgesprochen seien dennoch Leben gegeneinander abgewogen worden, ist es wichtig, die Folgen der Maßnahmen offen und ehrlich zu analysieren, selbstkritisch zu reflektieren und zu kommunizieren, vor allem die Tatsache, dass aufgrund der katastrophalen Folgen der Kontaktsperrungen, der *Lockdowns* und der *Shutdowns* weltweit Menschen sterben.

## Leben mit Schuld

Aufgrund der Lockerungen der eindämmenden Maßnahmen rückt auch die Frage nach der individuellen Verantwortung wieder verstärkt in den Vordergrund. Durch die wiedergewonnenen Freiheiten öffnet sich ein moralischer Raum, der zeitweise durch die rechtlichen Vorgaben stark definiert war, nun aber erneut verhandelt werden muss. Denn nicht alles, was erlaubt ist, ist auch geboten. Vielmehr gibt der Staat diese Verantwortung nach einer Phase der Reglementierung an die Bürger\*innen zurück. Das bedeutet zudem, potentiell an dieser Verantwortung zu versagen, also Schuld auf sich zu laden und mit ihr leben lernen zu müssen.

Zu erkennen, was angemessenes, verantwortliches Handeln konkret bedeutet, ist umso schwieriger, als unter den Bedingungen der Pandemie noch mehr als unter normalen Umständen gilt, dass die Konsequenzen des eigenen Handelns nicht vollkommen absehbar sind. Das Nichtwissen über Infektionswege nimmt zwar stetig ab, sodass besser abzuschätzen ist, welche Handlungen mit welchen Risiken der Ansteckung und Übertragung verbunden sind. Mindestens zwei entscheidende Variablen sind aber unbekannt: ob ich selbst infiziert und damit potentiell ansteckend bin (zumindest solange es keine breit verfügbaren Tests gibt) und wie verantwortlich sich die Personen, mit denen ich in Kontakt komme, verhalten – diese Unsicherheit ist eine bleibende.

In der frühen Phase der Pandemie wurde diesen Unsicherheiten durch ein maximales Vorsichtsprinzip begegnet: Verhalte dich so, als ob du infiziert wärest. Als Instrument der Eindämmung des exponentiellen Wachstums war dies eine geeignete Richtlinie. Auf staatlicher Ebene entsprachen dem die Maßnahmen

zur Schließung von Schulen, Kindertagesstätten, Läden, Kunst- und Kultureinrichtungen, die Absage von Großveranstaltungen und die Verhängung eines Kontaktverbots im öffentlichen Raum. Damit richtete sich die Politik an einer Katastrophenethik aus, die das Schlimmste, den völligen Kontrollverlust über die dynamische Ausbreitung des Virus, zu verhindern versuchte.<sup>6</sup>

Auf Dauer ist die maximale Prävention aber weder angemessen noch durchhaltbar. Zum einen hat sie ihr primäres Ziel vorerst erreicht, zum anderen steigen ihre materiellen wie immateriellen Kosten. Verantwortungsvolles Handeln heißt dann, vom Modus der Katastrophenethik wieder in den der Risikoethik zu wechseln. Es gilt also, Risiken gegeneinander abzuwägen und darüber zu verhandeln, welche Risiken zu akzeptieren sind, das heißt als Gemeinschaft in Kauf genommen werden (Straßenverkehr) und welche nicht zugemutet werden sollen (Rauchen in öffentlichen geschlossenen Räumen). Ausgangspunkt sollte dabei vor allem das Gemeinwohl sein. Zu fragen ist, was anderen zugemutet werden darf. Denn ein persönliches Risiko einzugehen ist im Falle von Corona fast unausweichlich mit der Aufbürdung des Risikos für andere und damit einem massiven Eingriff in deren Freiheit und Sicherheit verbunden. Verantwortung ist also vor allem als soziale Verantwortung gefragt. Es kommt damit in besonderem Maße darauf an, in welcher Beziehung sich Menschen zueinander sehen, ob sie Autonomie eher als individuelle Unabhängigkeit von anderen begreifen oder im Kern als soziale Autonomie.

Es gehört zu den Gemeinwohlpflichten der Bürger\*innen, freiwillig die (Selbst-)beschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen einzuhalten. Die Nachteile bzw. Unannehmlichkeiten für das Individuum sind in Kauf

zu nehmen, um ein Gemeingut, die Gesundheit aller, zu schützen. Die Bewältigung der Pandemie hängt also auch vom vorhandenen Gemeinsinn ab, ohne den keine freiheitliche Ordnung existieren kann.

Da die Handlungsräume nicht gleich verteilt sind, gibt es verschiedene Grade der Verantwortlichkeit. Es gibt spezifische Verantwortlichkeiten, denen niemand gerecht werden kann. Ärzt\*innen tragen in ihrer Berufsausübung stets eine hohe Verantwortung, da sie Entscheidungen über die Gesundheit bis hin über Leben und Tod von Menschen treffen. In der alltäglichen Individualmedizin gilt dabei das Behandlungsprinzip: Wer Hilfe am nötigsten hat, bekommt sie zuerst. In der Kriegs- und Katastrophenmedizin hingegen findet das Prinzip der Triage Anwendung. Der Grad der Verwundung entscheidet hier über den Schutz: Verringert die Verwundung die Überlebenschance, so bedeutet das weniger Schutz. Damit werden Ärzt\*innen in eine Situation gebracht, in der die Rettung des einen Lebens um die Preisgabe des anderen Lebens erfolgt, die Entscheidung für den Erhalt des einen Lebens notwendigerweise die Entscheidung gegen den Erhalt des anderen bedeutet. Auch wenn Ärzt\*innen sich mit der Triage keine persönliche Schuld aufladen, weil sie gar nicht die Möglichkeit haben, sich nicht (auch) für den Verlust eines Lebens zu entscheiden, werden sie damit einem Schuldzusammenhang ausgesetzt, der extrem belastend ist. Es gehört daher zur politischen Verantwortung, die Triage nicht einfach in Kauf zu nehmen, sondern wenn immer möglich zu vermeiden. Nicht nur, weil unter diesen Bedingungen mehr Menschen sterben, sondern auch, weil sie eine erhebliche Bürde für das verantwortliche Personal bedeutet. Beiden, Philosoph\*innen und Theolog\*innen, kommt hier die seelsorgerische Aufgabe zu, den Handelnden zu helfen, die tragische Dimension einer Triage und die da-

mit einhergehende »schuldlose Schuld« (M. Scheler) zu erkennen, damit sie diese nicht als Schuld erfahren, die sie selbst verschuldet haben.<sup>7</sup>

Die Bürde, für den Tod (oder die schwere Erkrankung) eines anderen verantwortlich zu sein, kann aber, wenn auch in weniger dramatischer Form, in der Pandemie jede\*n Einzelne\*n treffen. Denn das Risiko, jemand anderen unwissentlich anzustecken, kann nicht vollkommen ausgeschaltet werden. Auch hier kann keine persönliche moralische Schuld zugeschrieben werden, sofern sich die Person nicht grob fahrlässig verhalten hat, etwa indem sie im Bewusstsein einer Infektion keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen hat. Die Schuld der Weiterverbreitung verweist vielmehr wieder auf einen Zusammenhang, aus dem sich das vergesellschaftete Individuum nicht lösen kann.

Die Schuldfrage stellt sich auch angesichts der Tatsache, dass in der Corona-Krise viele Sterbende, Tote und Trauernde alleingelassen wurden. Solche Erfahrungen graben sich tief in das Gedächtnis Hinterbliebener ein. Wer vermag hier Trost zu spenden, damit die Trauer nicht in Schuldkomplexe und Traumatisierung umkippt? Wer beklagt die mangelnde Solidarität gegenüber den Toten? Wer schützt sie vor dem Vergessen? Eine Gesellschaft, die diese Fragen nicht stellt, verliert ihre Humanität. Der Umgang mit den Toten in der Corona-Krise hat nämlich Konsequenzen für unser Verständnis von Humanität. Etymologisch kann der Begriff Humanität von »humare« abgeleitet werden. Dies lässt sich mit »bestatten«, »beerdigen«, »begraben« übersetzen. Mit Humanität wäre somit die Fähigkeit bezeichnet, den anderen Menschen würdevoll zu begraben. Diese Fähigkeit ist tief in den Kulturgeschichten der Menschheit verwurzelt. Vielleicht ist sie das Fundament von Moralität überhaupt, da es

sich hierbei um einen Dienst am anderen Menschen handelt, den dieser nicht mehr erwidern kann. Unsere Humanität ist jedoch bedroht, wenn eine Beerdigung in Zeiten der Pandemie nichts anderes als ein »bitterer Abschied« ist.<sup>8</sup>

Von Schuld zu sprechen hilft, Versagenszusammenhänge aufzudecken, die Entwicklung einer Fehlerkultur zu unterstützen und nicht das Geschehen von vornherein zu entmoralisieren. Denn einerseits ist das Virus als solches eine Gefahr, die nicht verharmlost werden darf. Andererseits hat die Krise erst mit den sozialen, gesellschaftlichen und politischen Faktoren, auf die das Virus traf, ihre spezifische Gestalt angenommen. Sie ist daher auch Produkt gemachter, d.h. menschlich beeinflussbarer, Strukturen und Prozesse. Um die Krise zu verstehen und ihr entgegenzutreten, ist es daher zentral, nicht nur das Virus und seine Eigenschaften zu untersuchen, sondern ebenso sehr die systemischen Missstände, die im Verantwortungsbereich politischen Handelns liegen. Damit lassen sich Aufgaben identifizieren, um einerseits zukünftigen Krisen vorzubeugen, andererseits Strategien in Bezug auf notwendige Maßnahmen und deren Folgen zu entwickeln. Das betrifft insbesondere öffentliche Infrastrukturen. In den Blick kommt etwa das Gesundheitssystem, in dem durch Privatisierungen und Sparmaßnahmen für eine »künstliche Verknappung« gesorgt und damit die Notlage erst begünstigt wurde, die in Ländern wie Italien das Triagieren auf den Plan rief. Sichtbar werden auch die großen Defizite in der Organisation von Sorgearbeit, die weiterhin zu großen Teilen immer noch auf den Schultern von Frauen\* ruht, sowie im Bildungswesen, da es auch nach Monaten nicht gelang, allen Schüler\*innen einen guten digitalen Unterricht zu ermöglichen. Darüber hinaus stellen sich Fragen bezüglich des Umgangs mit den Schulden (Privatisierung oder Kollektivierung)

und eines drohenden Abbaus von dringend benötigten Finanzmitteln in den Bereichen der Bildung und Kultur. Kurz: Mit der Krise wird auch die Frage nach Gerechtigkeit virulent (ökologische, generationelle, Bildungs-, Geschlechtergerechtigkeit ...).

Die politischen Entscheidungsträger\*innen haben in einer Situation, die sie selbst nicht durchblicken konnten, die für sie bessere der schlechten Lösungen getroffen. Angesichts dieser Situation kann die Idee des Tragischen bei der rückblickenden politisch-ethischen Evaluation der Maßnahmen gerade im Blick auf die Überraschungen, das Nichtwissen und die Unsicherheiten, welche die Entscheidungssituation prägten, als Seehilfe dienen, um das Überfordernde der Situation schärfer in den Blick treten zu lassen. Dadurch wird auch einer Personalisierung der Schuld entgegengewirkt. Die Politiker\*innen, die unter hohem Zeitdruck und ohne sichere Informationen Entscheidungen von erheblicher Reichweite treffen mussten, können dann nicht als Sündenböcke dienen. Die Anerkennung dieser »tragischen« Dimension der pandemischen Situation, die Sensibilisierung für diese Art der Verstrickung ins Furchtbare, die jeden\*n treffen kann, versöhnt und beugt so neuen persönlichen wie auch gesellschaftspolitischen Verwundungen vor.<sup>9</sup>

## Leben mit Haltung

In der Corona-Krise besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Politik darin, Güter bereitzustellen, die zum Überleben benötigt werden: eine Wohnung, Nahrung, ein Rechtssystem, das Leib und Leben schützt, eine medizinische Grundversorgung und zumindest ein temporäres bedingungsloses Grundeinkommen. Gleichzeitig sind jedoch auch sozio-kulturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die Menschen helfen, psychische Stabilität auszubilden. Menschen werden in der Pandemie von unterschiedlichen, vielfach sogar gegenstrebigem Gefühlen erfasst. Um diese auszuhalten, benötigen sie eine innere Festigkeit: Haltung. Es ist diese Haltung, die auch die Verbindung zu anderen Menschen dauerhaft lebendig hält. Sie entwickelt sich schließlich nicht im abgeschlossenen Innenraum des Individuums. Um sie auszubilden, bedarf es der Verkörperung von gesellschaftlichen, kulturellen und/oder religiösen Werten. Haltung – Habitus – entsteht durch soziale, gesellschaftliche und politische Ereignisse, aber auch alltägliche Handlungen, in denen das Individuum mit gelebten Werten konfrontiert wird und diese selbst erfährt. Das geschieht häufig dann, wenn wir Zeug\*innen davon werden, wie andere Menschen für ihre Überzeugungen einstehen oder wenn wir das Gefühl haben, von einem Wert ergriffen zu werden. In der inneren Haltung sind diese Erfahrungen aufbewahrt und werden in außergewöhnlichen und alltäglichen Handlungen immer wieder neu verlebendigt. Ein Mensch mit Haltung besitzt Halt, weil er in der Lage ist, der Gegenwart durch inneren Abstand kritisch zu begegnen. Er ist sogar dem Unabänderlichen nicht passiv ausgeliefert, weil er selbst dann, wenn er die Umstände nicht mehr zu ändern vermag, immer noch fähig ist, etwas zu verändern, nämlich seine Einstellung und sein Verhältnis zu den Umständen. Eine solche Widerstandsfestigkeit ist in Corona-Zeiten von größter Bedeutung.

Diese innere Haltung entsteht durch eine aktive, geradezu kontemplative Aufmerksamkeit für das Umfeld. Sie unterscheidet sich von Angewohnheiten und Routinen, die in Unaufmerksamkeit gründen und von Trägheit bestimmt sind. Eine solche innere Haltung setzt Resonanzfähigkeit voraus. Resonanz erfährt eine Person, die fähig ist, sich von dem, was um sie herum geschieht, berühren zu lassen.<sup>10</sup> Das Gegenteil von Resonanz ist Entfremdung. Entfremdung ist eine »Beziehung der Beziehungslosigkeit« (R. Jaeggi).<sup>11</sup> Entfremdet leben heißt, ohne Resonanz zu sich selbst und zu seiner Umwelt zu leben. Entfremdungserfahrungen entstehen, wenn sich geschaffene Strukturen derart verselbstständigen, dass Menschen sich ihnen gegenüber machtlos fühlen. Das gilt für eine sich globalisierende und eskalierende Wachstumsökonomie, aber auch im Blick auf Urteile, welche die Gesellschaft über Mitglieder unterschiedlicher sozialer Klassen fällt und welche diese wiederum in einer Weise verinnerlichen, durch die ein negativer Habitus produziert wird. Um Räume zu eröffnen, in denen die oben beschriebene innere Haltung sich einstellen kann, ist es notwendig, dass diese Strukturen der Entfremdung durch neu gestiftete resonante politische, gesellschaftliche und ökonomische Beziehungsverhältnisse aufgebrochen werden. Aufgrund gesellschaftlicher und existentieller Verwerfungen in der Corona-Krise sind die Voraussetzungen für Resonanzerfahrungen jedoch bedroht. Rechtlich und politisch gesehen befinden wir uns zwar weder im Ausnahmezustand noch im Notstand\*, doch

---

\* Der Begriff des Ausnahmezustandes ist irreführend. Die Verfassung wurde weder außer Kraft gesetzt, noch wurden die Grundrechte suspendiert. Am Anfang stand auch nicht die Entscheidung der Regierung, den Notfall auszurufen. Es war umgekehrt: Ein »natürlicher«, kein politischer Notfall – der Ausbruch einer Pandemie – war ursächlich für die politische Entscheidung. Auch deshalb sollte nicht vom Ausnahmezustand gesprochen werden. Aber dieser ursächliche Zusammenhang darf weder von der politischen Begründungspflicht entlasten, noch die kritische Diskus-

durch die mit den Einschränkungen einhergehende soziale Isolation breitet sich durchaus das Gefühl aus, in einer Art Ausnahmezustand zu leben. Dieses Gefühl verstärkt die Gefahr, dass das Abstandhalten in ein resonanzfeindliches »*social distancing*« umkippt, ja sogar pathologische Abgrenzungszwänge hervorbringt, durch die wiederum herrschende Entfremdungsverhältnisse stabilisiert werden. Demgegenüber ist das Abstandhalten als eine neue Weise des Aufeinander-Rücksichtnehmens und Füreinander-Sorgens zu deuten und zu leben. Wer Abstand hält, distanziert sich nicht sozial von anderen. So symbolisiert etwa die Maske eine Haltung der Sorge. Sie erinnert an die Zerbrechlichkeit des Lebens jedes einzelnen Menschen. An dieser Stelle tritt auch die Gefahr einer resonanzfeindlichen Rhetorik des Kampfes oder des Krieges gegen das Virus deutlich vor Augen. Sie verstärkt Bedrohungsgefühle, die zu Abschottungen gegenüber den Verwundbarkeiten anderer Menschen führen. Eine solche Rhetorik wird keine sorgende Haltung generieren. Im Gegenteil. Sie wird diese letztlich zerstören.

Die Corona-Krise stellt eine fundamentale kulturelle Herausforderung dar. Kultur verstehen wir in diesem Zusammenhang als ein Projekt der Humanisierung des Menschen. Dieses unterstützt Menschen darin, eine sorgende Haltung auszubilden, die nicht in der Sorge um die eigene Verwundbarkeit steckenbleibt, sondern für die Verwundbarkeit anderer öffnet. Eine solche sorgende Haltung sensibilisiert für die fundamentalen öko-sozialen Verwobenheiten unserer Welt. Sie ist basal für das (zwischen)menschliche Leben, erst recht in der Corona-Krise. Eine Politik unter dem Vor-

zeichen dieser Humanisierung wäre eine radikale Abkehr von einem Naturverhältnis, das wesentlich durch Beherrschung bestimmt ist. An dieser Stelle berühren sich auch Corona- und Umweltkrise. Das aggressive Vordringen in Biotope, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die menschengemachte globale Erhitzung führen dazu, dass ganze Ökosysteme destabilisiert werden und damit die Gefahr steigt, dass Viren von Tieren auf Menschen übertragen werden und so neuartige Infektionskrankheiten auslösen.

Darüber hinaus wurde die Pandemie auch durch Globalisierungseffekte wie das Tempo und den Umfang menschlicher Mobilität und Wirtschaftsbeziehungen begünstigt. Allerdings wäre es eine fatale Verkürzung, auf diesen Zusammenhang mit der Rückkehr zu einem nationalstaatlichen Souveränitäts- und Solidaritätsmodell zu reagieren. Statt die Pandemie als einfaches Anti-Globalisierungsargument zu nutzen und damit globale Lösungsansätze zu schwächen, gilt es, die Globalisiertheit der Welt im Horizont der hier anvisierten Haltung der Sorge neu zu verstehen und neu zu leben. Dies wäre ebenso notwendig für die akute und solidarisch gestaltete Eindämmung der Pandemie wie für eine pluralistische, ökologische und klimagerechte Welt.

Hannover, im Juni 2020

*Marvin Dreiwes, M.A.*

*Dr. Ana Honnacker*

*Prof. Dr. Jürgen Manemann*

*Julia Rügger, M.A.*

*Forschungsinstitut für  
Philosophie Hannover*

---

sion über die einschränkende Maßnahmen als gegenstandslos erscheinen lassen (vgl. dazu: Jonas Heller, Ausnahmezustand, in: Frankfurter Arbeitskreis »Kritische Theorien in der Pandemie. Ein Glossar zur Corona-Krise« (<https://www.youtube.com/watch?v=Iktid9mD9rA>, abgerufen am 11.06.2020).

## Anmerkungen

- 1 Paolo Giordano: *In Zeiten der Ansteckung*, Hamburg 2020.
- 2 Vgl. zu diesem Aspekt auch: Estelle Ferrarese: »Vulnerabilität«, in: Frankfurter Arbeitskreis: *Kritische Theorien in der Pandemie. Ein Glossar zur Corona-Krise*, [https://www.youtube.com/watch?v=yVuTH7RXBro&list=PLvqj5O3ibOM7eYWSTZc-uMS6Ksse6Ed\\_D&index=22&t=126s](https://www.youtube.com/watch?v=yVuTH7RXBro&list=PLvqj5O3ibOM7eYWSTZc-uMS6Ksse6Ed_D&index=22&t=126s) (abgerufen am 12.06.2020).
- 3 Der Abschnitt stammt aus: Jürgen Manemann: »Gleichheit vor dem Virus! Verwundbarkeiten und das Tragische in der Corona-Krise«, in: Christian Keitel / Michael Volkmer / Karin Werner (Hg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld 2020.
- 4 Aus: Manemann: Gleichheit vor dem Virus!
- 5 Vgl. Nikil Mukerji/Adriano Mannino: *Covid-19: Was in der Krise zählt*, Ditzingen 2020.
- 6 Vgl. dazu: Mukerji/ Mannino, Covid-19.
- 7 Aus: Manemann: Gleichheit vor dem Virus!
- 8 Aus: Manemann: Gleichheit vor dem Virus!
- 9 Johannes Schweikle: »Bitterer Abschied«, in: DIE ZEIT Nr. 20/07. Mai 2020.
- 10 Vgl. zum Begriff der Resonanz: Hartmut Rosa: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin 2016.
- 11 Vgl. zum Begriff der Entfremdung: Rahel Jaeggi: *Entfremdung*, Berlin 2016.



KONTAKT

**Forschungsinstitut für  
Philosophie Hannover**

Gerberstraße 26  
30169 Hannover  
(0511) 16409 30  
(0511) 16409 35  
kontakt@fiph.de  
www.fiph.de

Layout: Marvin Dreiwes

© 2020 Forschungsinstitut für  
Philosophie Hannover

**fiph.**